

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 15 (1974)  
**Heft:** 22

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# FACETTEN zum Alltag drüben

Polen hat eine Presse, die durchaus kritisch ist (wenn auch schon längst wieder unter Ausklammerung von Ideologie und Aussenpolitik), mit Tendenz zur pragmatischen Sozialkritik. Grössere oder kleinere Sorgen grösserer oder kleinerer Gruppen kommen in den Zeitungen regelmässig zur Sprache.

\*

Zu den grösseren Sorgen z. B. der Studenten gehört das Wohnen. Seit 1. Oktober können sie in Grossstädten auf dem Stipendienweg einen Mietzuschuss von maximal 300 Zloty erhalten. Das ist viel, wenn man bedenkt, dass der polnische Minimallohn für Arbeiter seit der letzten Erhöhung im August 1200 Zloty beträgt. Aber es ist als Maximalansatz doch nicht so viel, wenn man bedenkt, dass (laut «*Slowo powszechne*», Warschau, 8. 10. 1974) in Warschau Zimmermieten von 400 bis 500 Zloty als niedrig gelten. Als Extremfall wird ein Zimmer von 4 auf 2 m angeführt, das für 800 Zloty im Monat vermietet wird. Allerdings: Eingeschlossen ist der Zutritt zum Badezimmer der Wohnung. Nun ja, Luxus muss man eben bezahlen.

Es gibt auch verheiratete Studenten, und die möchten vielleicht eine Wohnung mieten. Der Autor zitiert da Zeitungsinserate: 3500 Zloty für eine Zweizimmerwohnung, 1800 bis 2000 Zloty für Einzimmerwohnungen, Mietzins für ein halbes Jahr im voraus zu entrichten. Die Mindestlöhne liegen, wie gesagt, bei 1200 Zloty im Monat, und ein Facharbeiter kommt auf das Doppelte.

Tja, die niedrigen Mietzinse galten früher einmal als ein Wahrzeichen der sozialistischen Länder. Aber man hat schon vor Jahren, als man in Ungarn höhere Mietzinse einführt, damit argumentiert, dass es eigentlich unsozial sei, wenn die Allgemeinheit gleicherweise bessere oder schlechtere Wohnbedingungen subventioniere. Es sei deshalb ein Gebot vermehrter sozialer Gerechtigkeit, wenn die Leute ihre höheren Wohnansprüche auch selber bezahlen.

\*

Manchmal betrifft es auch die kleinen Sorgen, aber wenn es um Kleinigkeiten des täglichen Bedarfs geht, die durch ihr Fehlen auffallen, helfen auch die «grossen Errungenschaften» nicht so recht über den alltäglichen Aerger hinweg. Da müsste eine Marktlücke ausgefüllt werden. Nur ist die Initiative dazu den Privaten verwehrt, und der Funktionär ergreift sie nicht, weil sie ihm zusätzliche Arbeit machen würde.

Zur Illustration ein Leserbrief in einer polnischen Zeitung («*Express Wieczorny*», 25. 9. 74): «In der Zeitung wurde am Ersten dieses Monats der Freude darüber Ausdruck gegeben, dass die Porzellanproduktion erhöht worden ist und dass ein Teil davon sogar exportiert wird. Das freut uns sehr, aber warum fehlt es bei uns an ganz gewöhnlichen Untertassen, und zwar schon lange? Das schöne Service ist für die Festtage; für den Alltag braucht man etwas Einfaches. Entschuldigen Sie, dass ich an solche Kleinigkeiten

erinnere, aber die machen nun einmal das Leben aus. Ich hoffe, dass die Porzellanindustrie durch meinen Brief dieser Marktlücke ansichtig wird.» Wozu die polnische Redaktion anmerkt: «Wir sind da nicht so sicher. Aber falls es jetzt Untertassen zu kaufen geben sollte, sind wir bereit zu glauben, dass Leserbriefe etwas nützen.»

\*

Oder sollte man am Ende doch auf kapitalistische Methoden zurückgreifen, um den Bedarf zu decken? Nun, genau das wird in Erwägung gezogen, tatsächlich. Die «*Polnische Wochenschau*» (Warschau, Nr. 28/1974) hat sich mit der Frage von rückkehrwilligen Auslandspolen befasst. Und der Schlussabsatz dieses Beitrags lautet:

«Die Geschäftsleute bringen nach Polen oft ihr Finanzkapital mit und tragen sich auch schon

mit Ideen, wie sie es hier ausnutzen können. Einer dachte sogar an den Bau eines ‚shopping center‘ in der Hauptstadt. Jedoch haben sie als Ausländer kein Recht auf Investierung ihres Geldes in Polen. Zurzeit sind aber neue Bestimmungen dafür in Arbeit. Man denkt daran, dass die Geschäftsleute polnischer Abstammung in Polen Fremdenheime, Dienststellen, Motels, Campingplätze, kleine Gaststätten u. a. bauen könnten. Eine Ausnutzung der Kapitalien, die diese Menschen besitzen, wäre für beide Seiten vorteilhaft.»

Eigentlich eine nicht ganz so saubere sozialistische Moral. Aber vielleicht wird sich diese privatkapitalistische Unmoral ja wieder rückgängig machen lassen, wenn erst ein bisschen mehr Geld aus dem Ausland eingetroffen ist... ■

## Briefe

### Oeffnung oder Verschliessung der Kirche?

Die nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit feststellbare Tendenz der Kirchen, sich «nach links» zu öffnen, ist an der Bischofskonferenz in Rom ebenfalls deutlich zum Ausdruck gekommen.

Verschiedene Ursachen dürften dieser Erscheinung zugrunde liegen. Neben der aus Moskau lancierten und sorgfältig geförderten «linken Mode», der politische Naivlinge besonders leicht erliegen, dürfte auch die Desinformation eine wichtige Rolle spielen. Und zwar nicht nur die raffiniert betriebene aktive Desinformation, sondern auch die passive Desinformation. Sie scheint ihren Grund darin zu haben, dass die Vorstellungskraft eines westlich erzogenen Menschen nie so weit reicht wie die Härte — die Grausamkeit der kommunistischen Wirklichkeit. Es ist der Effekt dieser passiven Desinformation, dass «Archipel Gulag» im Westen noch immer ohne erkennbare politische Wirkung bleibt. Selbst die krasssten Schilderungen Solschenizyns sind durch hiesige Menschenrechtsvorstellungen gedämpft worden, so dass der Westen über die Wirklichkeit im Gulag nach wie vor desinformiert ist.

Es ist eine Erfahrungstatsache: nur wer die kommunistische Wirklichkeit erlebt und am eigenen Leib erlitten hat, kann wissen, was Kommunismus für die grosse, zum Schweigen verurteilte Mehrheit eines Volkes bedeutet.

Die Bischofskonferenz in Rom brachte bei der Diskussion über die Evangelisierung in der heutigen Welt eine erneute Bestätigung dieser Erfahrung.

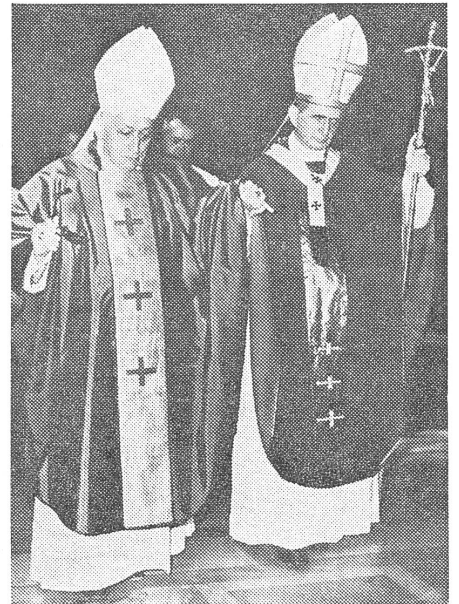
Auf der einen Seite gab der westliche Ordensobere *Lecuyer* der Meinung Ausdruck, dass es

zwischen Christen und Marxisten Gemeinsamkeiten gebe, wobei er ausgerechnet die «Liebe zur Gerechtigkeit» und den «Wunsch, den Armen zu helfen», als Beispiele anführte. Wer sich diesen Anliegen aufrichtig widme, der suche bereits Christus, auch der Kommunist.

Auf der andern Seite forderte der polnische Kardinal Wyszynski aufgrund seiner langjährigen persönlichen Erfahrungen die Bischofskonferenz auf, sich zur entschlossenen Verteidigung der Menschenrechte zu bekennen, die in den atheistisch regierten Ländern unterdrückt werden.

Wyszynski weiss, was sich *Lecuyer nicht vorstellen* kann. Er weiss, wie sich «Liebe zur Gerechtigkeit» auf die Menschen auswirkt, wenn eine allmächtige Staatspartei das Monopol hat, allgemeinverbindlich und inappellabel zu bestimmen, was entsprechend der momentanen politischen Erfordernisse gerade als «gerecht» zu gelten hat und was nicht.

M. K.



Die «Probleme» zwischen Papst und Kardinal Mindszenty sind offenbar nicht einfach personeller Art. Die Gegensätze finden sich auch anderswo. Es kommt darauf an, ob man das Erlebnis des Kommunismus theoretisch oder praktisch kennt.